

akzente.

AKTUELLE INFORMATIONEN ÜBER EVANGELISCHE POLITIK 01/2013

Für vernünftige Bezüge

Die EVP hat die Abzockerinitiative als eine der ersten Parteien unterstützt. Sie empfiehlt am 3. März ein Ja einzulegen. Der Gegenvorschlag ist zu löchrig und nachlässig.

NIKLAUS HARI, KOMMUNIKATION

Der Unmut des Volkes über die hohen Managerbezüge ist zu Recht weit verbreitet. Wenn Brady Dougan bei der CS 70 Millionen Bonus erhält, Daniel Vasella in 6 Novartis-Jahren 212 Millionen garniert, Percy Barnevik beim Abgang noch schnell die ABB-Pensionskasse plündert (150 Millionen) oder Thomas Limberger bei der vergleichsweise kleinen OC Oerlikon jährlich 7,7 Millionen verdient, ist das für viele komplett unverständlich. Die Initiative «gegen die Abzockerei» will diesen überrissenen Bezügen des Top-Managements und der Verwaltungsräte ein Ende machen. Mit insgesamt 24 Forderungen sollen alle Hintertüren und Schlupflöcher waserdicht verriegelt werden.

Gegenvorschlag hat Mängel

Wird die Initiative abgelehnt, tritt der indirekte Gegenvorschlag in Kraft. Er enthält ähnliche Forderungen wie die Initiative, ist aber insgesamt weniger streng. So ist nur mit der Initiative gewährleistet, dass die Aktionäre jedes Jahr über die Löhne der Geschäftsleitung abstimmen können, die Geschäftsleitung nicht an eine Tochterfirma ausgelagert

Für Vernunft bei den Bezügen.

Die Chefs sind nicht über 100 Mal mehr Wert als durchschnittliche Angestellte.

Volk gegen Abzockerei!

JA am 3. März 2013

superbonus2013.ch

werden kann und nicht mehr länger ein Grossteil der Saläre in Form von Beraterhonoraren ausbezahlt wird. Goldene Fallschirme wären mit dem Gegenvorschlag weiterhin möglich, Prämien für Firmenkäufe oder -verkäufe ebenso. Auch die fehlenden Strafbestimmungen des Gegenvorschlags sind ein Manko.

Bonussteuer wäre wirksamer

Bzüglich der Wirksamkeit von Abzockerinitiative und Gegenvorschlag darf man sich keine Illusionen machen. Indem die Aktionärinnen und Aktionäre mehr Rechte erhalten, sollen sie stärker auf die Vergütungspolitik Einfluss nehmen

können. Doch solange die Aktionäre fürstlich entschädigt werden, genehmigen sie dem Management auch die exzessivsten Bezüge. Weder mit der Initiative noch mit dem Gegenvorschlag haben wir die Gewähr, dass die Saläre tatsächlich sinken werden. Mehr Wirkung hat sich die EVP von einer Boni-Steuer erhofft. Saläre über 3 Millionen Franken hätten nicht länger als Aufwand geltend gemacht werden können und wären damit der Gewinnbesteuerung unterlegen. Doch das Parlament hat die Bonussteuer versenkt.

Ja zur Abzockerinitiative

Die EVP hat die Abzockerinitiative als eine der ersten Parteien schon in der Sammelphase unterstützt. Ihre Hoffnung auf einen wirksamen und strengen Gegenvorschlag hat sich nicht erfüllt. Aus diesem Grund empfehlen die Delegierten der EVP mit 91 zu 18 Stimmen ein Ja zur Abzockerinitiative.

KOMMENTAR



Geschafft!

Geschafft! Gemeinsam mit der SP und den Gewerkschaften hat die EVP über 120'000 Unterschriften für ihre Initiative «Millionen-Erbschaften besteuern für unsere AHV» gesammelt. Am 15. Februar werden sie bei der Bundeskanzlei eingereicht. Alle sind herzlich eingeladen.

Noch nicht geschafft! Mitte Januar muss rund ein Viertel der Unterschriften noch beglaubigt werden. Vor allem die grossen Städte haben Mühe, die Fristen einzuhalten. Freiwillige Helfer und die Praktikant/-innen im EVP-Büro leisten einen Sondereinsatz, um auch jene Bogen an die Gemeinden zu senden, aus denen vielleicht nur eine einzige Unterschrift vorliegt.

Geschafft? Die Einreichung der Initiative ist nur eine Etappe. Anschliessend folgt die parlamentarische Beratung und schliesslich die Volksabstimmung. Unser Ziel ist eine moderate und gerechte Erbschaftssteuer auf Vermögen über 2 Millionen Franken. Im Gegenzug werden die kantonalen Schenkungs- und Erbschaftssteuern aufgehoben.

Ganz herzlichen Dank allen, die zum Zustandekommen der Initiative beigetragen haben. Vielen Dank für die Unterstützung der EVP überhaupt! Mit vereinten Kräften ist vieles möglich.

Joel Blunier, Generalsekretär

Anzeige



fachlich fundiert -
zeitlich flexibel

MARTIN BUCER SEMINAR
Reformatorsche Theologie heute www.bucer.ch

Berufsbegleitend
Theologie studieren

Zusammenarbeit gibt Einfluss

Ist die EVP initiativ- oder referendumsfähig? Wären wir referendumsfähig, könnten wir aus eigener Kraft das Referendum gegen ein Gesetz ergreifen und innerhalb von 100 Tagen mindestens 50'000 Unterschriften sammeln. Wären wir initiativtauglich, wären wir in der Lage, innerhalb von 18 Monaten aus eigener Kraft mindestens 100'000 gültige Unterschriften zu sammeln. Die FDP z.B. hat rund 100'000 Mitglieder und bekam für ihre Volksinitiative gegen die Bürokratie die genügende Unterschriftenzahl trotzdem nicht zusammen. Als EVP müssen wir nichts beweisen, das unrealistisch ist. Deshalb arbeiten wir mit anderen zusammen. Bei der kürzlich eingereichten Atomausstiegsinitiative sind der Solarpionier Josef Jenni und ich als EVP-Mitglieder im Initiativkomitee. Bei der Volksinitiative für den öffentlichen Verkehr vertritt die EVP im Initiativkomitee und im Vorstand der Allianz für den öffentlichen Verkehr. Solches Zusammenarbeiten ist sinnvoll. Gegenwärtig läuft die Referendumsfrist gegen die Änderung des Arbeitsgesetzes; diese Gesetzesänderung gefährdet den möglichst arbeitsfreien Sonntag. Wir sind in der Sonntagsallianz mit dabei. Ich freue mich über alle, welche mit ihrer Unterschrift dazu beitragen, damit das Volk darüber wird abstimmen können.



Ed. Kriegen

Die Volksinitiative zur Erbschaftssteuerreform ist zustande gekommen. Ich danke allen, welche sich bei der Unterschriftensammlung engagierten, sehr herzlich. Die Zusammenarbeit mit den Mitträgern war und ist engagiert und sachbezogen.

Heiner Studer,
Präsident der EVP Schweiz

«Die Juso würde den SBB gescheiter helfen, die Wagen nach einem Wochenende aufzuräumen.»

EVP-Kantonsrat Markus Schaaf (ZH) am 20. November im Winterthurer «Landboten» gewohnt trocken und wohl auch nüchtern zum geplanten Botellón der Juso in der Zürcher S-Bahn – weil die EVP mittels Postulat im Kantonsrat ein nächtliches Alkoholverbot in den Zügen forderte.

«Man ist immer davon ausgegangen, dass dadurch mehr Steuereinnahmen generiert werden, weil mehr Wohlhabende zuziehen. Das ist jedoch nicht eingetroffen.»

EVP-Kantonsrat Jascha Müller (SG) im St.Galler EVPinfo. Nach Steuersenkungen um insgesamt 848 Millionen Franken seit 1999 sind die Kantonsfinanzen aus dem Lot geraten.



PAROLEN DER EVP

beschlossen von der Delegiertenversammlung am 1. Dezember 2012 in Solothurn für die Abstimmung vom 3. März 2013:

Bundesbeschluss über die Familienpolitik	JA
Volksinitiative «gegen die Abzockerei»	JA
Raumplanungsgesetz (Teilrevision)	JA

AUS DEM INHALT

Neuer Familienartikel: Ja zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf	4
Neues Raumplanungsgesetz: Ja zu einer wirksamen Raumplanung	5
Jetzt unterschreiben: Nein zu mehr Nacht- und Sonntagsarbeit	8

«Frau aus der Mitte findet IV-Kompromiss»

EVP-Nationalrätin Maja Ingold wurde bekannt als Sozialvorsteherin von Winterthur. Mit der Aufteilung der IV-Vorlage hat sie in der Wintersession einen schönen Erfolg erzielt. Ein zweiter Schwerpunkt ihrer Arbeit ist der Einsatz für internationale Gerechtigkeit.

«Frau aus der Mitte findet IV-Kompromiss» überschrieb der Blick ein grosses Interview mit Dir anlässlich der IV-Revision 6b. Was lief genau in der Wintersession?

Innert kurzer Zeit sind drei IV-Revisionen in Kraft gesetzt worden und zeigen langsam Wirkung. Es liegen aber noch keine verlässlichen Zahlen dazu vor. Deshalb habe ich den Antrag gestellt, die umstrittenen Rentenkürzungen in eine spätere Vorlage auszugliedern, bis klar ist, ob es sie überhaupt braucht. Wir sind es den behinderten Menschen schuldig, genau hinzuschauen und nur dann einschneidende Massnahmen auf ihre Kosten zu ergreifen, wenn es zur Sanierung der IV wirklich unumgänglich ist.

Wie ist es dazu gekommen?

Ich habe lange nach einer Möglichkeit gesucht, die Revision zu sistieren, um happige Kürzungen auf Vorrat zu verhindern. In der Kommission war dieses Interesse seitens des Bundesrates ebenfalls spürbar – er wollte nicht durch ein Referendum die ihm wichtigen und sinnvollen Gesetzesänderungen verlieren. So entstand die Idee einer Aufteilung. Als es mir gelang, die Mehrheit der Fraktion dafür zu gewinnen, wusste ich: Es könnte klappen. Schliesslich hat der Nationalrat meinen Vorschlag mit 97 zu 90 Stimmen angenommen.

In der EVP bist Du bekannt geworden als Sozialvorsteherin von Winterthur. Im Nationalrat engagierst Du Dich vermehrt auch aussenpolitisch. Weshalb?

Ob in Winterthur oder in der nationalen Politik: Mein Herz schlägt für diejenigen auf der Schattenseite des Lebens. Weltweit werden die Menschen von Armut, Rechtlosigkeit, Korruption und Hunger be-



EVP-Nationalrätin Maja Ingold: «Firmen wie Glencore müssen die Menschenrechte in einem verbindlicheren Rahmen respektieren.»

drängt. Als reichstes Land der Welt haben wir hier eine besondere Verantwortung.

In der Wintersession hast Du mehrere Vorstösse zum Thema «Landgrabbing» gemacht. Was ist darunter zu verstehen?

«Landgrabbing» meint den Ausverkauf des Bodens in den Ländern des Südens an Investoren und Unternehmen, welche die industrielle Landwirtschaft fördern mit fatalen sozialen und ökologischen Konsequenzen. Meist verlieren die einheimischen Kleinbauern ihre Lebensgrundlage oder werden gar vertrieben. Zwischen 2000 und 2010 betraf «Landgrabbing» rund 200 Millionen Hektar. Das ist die achtfache Fläche Grossbritanniens. Mit dem Kampf um den Boden verschärft sich der Kampf um das knappe Wasser.

Was verlangst Du vom Bundesrat bezüglich «Landgrabbing»?

Dass keine öffentlichen Gelder in solche Investitionsprojekte fliessen,

auch nicht via die Beiträge der Schweiz an die verschiedenen Entwicklungsbanken. Gegen diese Landnahme auf Kosten der Bevölkerung muss sich die Schweiz zudem als Mitglied der UNO und des Menschenrechtsrates einsetzen.

Brot für alle, wo Du Stiftungsrätin bist, stellst sich auf den Standpunkt, dass die wachsende Weltbevölkerung nur mit kleinbäuerlichen Strukturen, nicht aber mit einer industriellen Landwirtschaft ernährt werden könne. Wie ist das möglich?

Der weltweite Hunger hat seine Ursache nicht im Mangel an fruchtbaren Böden oder falschen Produktionsmethoden. Das Problem ist die Verteilung und neuerdings die Nahrungsmittelspekulation, die um der Gewinnmaximierung willen

Versorgungsengpässe, Umweltschäden, Wassermangel und Auslaugung der Böden riskiert. Hier braucht es dringend ein Umdenken. Nur mit einem genügsamen, ökologischen Landbau können alle ernährt werden.

In Winterthur ist eine kleine Kontroverse entbrannt um Glencore. Was hat es damit auf sich?

Via Zürcher Finanzausgleich erhält die Stadt Winterthur rund 20 Steuermillionen von Glencore. Soll die Stadt dieses «schmutzige» Geld annehmen? Als alt Stadträtin weiss ich, dass die Stadt nicht so leicht darauf verzichten kann. Mein pragmatischer Vorschlag: wenigstens müssen Firmen wie Glencore verpflichtet werden, die Umwelt-, Arbeits- und Menschenrechte in einem verbindlicheren Rahmen zu respektieren als bisher.

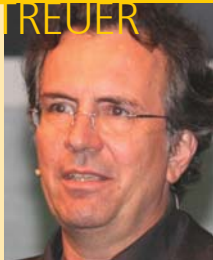
Kampagne «Recht ohne Grenzen», Freihandelsabkommen mit China: bezüglich internationaler Gerechtigkeit läuft viel im Moment.

Die Kampagne «Recht ohne Grenzen» wollte erreichen, dass Firmen mit Sitz in der Schweiz die Menschenrechte und die Umwelt weltweit respektieren müssen. Die damit verbundene Petition wurde abgelehnt. Aber die vielen Interpellationen und Postulate werden den Bundesrat zwingen, aus Reputationsgründen etwas mehr Druck aufzubauen, was die Einhaltung der Sorgfaltspflichten von Schweizer Grosskonzernen betrifft.

Zum Abkommen mit China: Ich bezweifle, dass die Menschen-, Umwelt- und Arbeitsrechte angemessen berücksichtigt sein werden. Wenn es uns schon in der Schweiz nicht gelingt, den Zielkonflikt zwischen Wirtschaftsinteressen und Ethik in ein verbindliches Regelwerk zu bringen: wieviel schwieriger muss es dann mit Partnern einer komplett anderen Kultur und Tradition sein. Doch bleiben wir dran!

Maja Ingold, 64

verheiratet, drei erwachsene Kinder, Lehrerin
Nationalrätin, Stadträtin in Winterthur (2002 – 2010)
Hobbys: Musik machen und hören, Skitouren, Klettern



Ist Wahrheit relativ?

In unserer Zeit werden jegliche Wahrheitsansprüche in Frage gestellt: «Was gilt überhaupt noch? Worauf kann man sich verlassen? Ist Wahrheit nicht relativ?»

Auch für Christen in der Politik stellt sich die Frage nach dem Verhältnis des Glaubens, d.h. der eigenen Überzeugungen, zur politischen Tätigkeit. Ich persönlich denke, dass uns die Postmoderne in diesem Bereich einen Dienst tut. Sie führt uns von scheinbar sicheren ideologischen Positionen zurück zu Paulus, der sagt: «Jede Erkenntnis ist Stückwerk» (1. Kor 13,9). Mit dieser Aussage geht Paulus nicht davon aus, dass Wahrheit relativ ist, sondern nur die eigene Erkenntnis davon. In den Worten eines bekannten Theologen tönt dies folgendermassen: «Ich weiss, dass ein Teil meiner Theologie nicht richtig ist. Das Problem ist nur, dass ich selber nicht weiss, welcher... Bitte ringt mit mir um mehr Erkenntnis der Wahrheit, damit ich diesen Teil verkleinern kann!» Wir brauchen also den Dialog und die Gemeinschaft als Weg zur Erkenntnis der Wahrheit.

Für den politischen Prozess wäre also die folgende Haltung angemessener: «Ich habe die Wahrheit nicht gepachtet und du auch nicht! Also lass uns zusammen ringen, damit wir gemeinsam bessere Lösungen finden.» Ich wünsche uns allen Mut beim Hören auf Paulus, damit wir den Weg des Dialogs und der Gemeinschaft gehen können, um zur «öffentlichen Wahrheit» zu gelangen.

Walter Dürr ist Pfarrer der landeskirchlichen Gemeinschaft JAHU und Autor des Buches: «Christen im Umbruch, mit Glaube Liebe und Hoffnung ins 21. Jahrhundert.»

Ja zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Bund und Kantone sollen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördern. Die EVP unterstützt die neue Verfassungsgrundlage für die Familienpolitik.

MARIANNE STREIFF,
NATIONALRÄTIN

Die Familie ist die wichtigste Zelle unserer Gesellschaft. Sie hat es deshalb verdient, in der Verfassung mehr Beachtung zu erhalten als heute. Der Vorschlag für einen neuen Familienartikel beinhaltet drei Neuerungen: 1. Bund und Kantone fördern die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit. 2. Die Kantone sorgen für ein bedarfsgerechtes Angebot an familienergänzenden Tagesstrukturen. 3. Reichen die Bestrebungen der Kantone nicht aus, kann der Bund Grundsätze festlegen. Die Vorlage, über die wir am 3. März abstimmen, geht auf eine parlamentarische Initiative von alt-Nationalrat Norbert Hochreitener (CVP, BE) zurück und fand im eidgenössischen Parlament breite Zustimmung.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf fehlt

Zwar hat der Bund bereits heute ein breit gefächertes Instrumentarium zur Hand, um Familienpolitik zu betreiben. Dazu zählen Familienbesteuerung, Familienzulagen, Mutterschaftsversicherung, Prämienverbilligung, Kinderrenten oder auch das Impulsprogramm des Bundes für den Ausbau von 30'000 Kinderbetreuungsplätzen zwischen 2003 und 2011. Was bis heute fehlt, ist ein verfassungsmässiger Auftrag zur Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Wirtschaft und Politik sind sich in weiten Teilen einig, dass ein ausreichendes Angebot an Kindertagesstätten und Tagesstrukturen zur Grundinfrastruktur einer modernen Gesellschaft gehört. Mit «bedarfsgerecht» ist niemals ein Platz für jedes Kind gemeint. Im Kanton Bern bedeutet «flächenmässig aus-



Marianne Streiff befürwortet den neuen Verfassungsartikel.

gebautes Kinderbetreuungsangebot» Plätze für 20% aller Kinder. Das ist verhältnismässig.

Die Gegner der Vorlage bemängeln, dass gewisse Lebensformen und Bevölkerungsschichten bevorzugt würden. Das ist ein Kritikpunkt, den ich ein Stück weit teile. Doch wir können unsere Augen nicht davor verschliessen, dass es familienexterne Betreuungsmöglichkeiten braucht. Ich erinnere nur schon an die Alleinerziehenden und die Leute, die auf zwei Einkommen angewiesen sind.

Die EVP hatte in der Vernehmlassung weitere Forderungen aufgestellt, z.B. die Abschaffung aller steuerlichen Nachteile für Ehepaare und Familien oder Ergänzungsleistungen für bedürftige Familien. Dass diese Punkte heute chancenlos sind, soll uns nicht davon abhalten, die neue Verfassungsbasis für die Familienpolitik zu unterstützen. Entsprechend freut es mich, dass die Delegierten der EVP am 1. Dezember in Solothurn mit 82 zu 14 Stimmen eine sehr deutliche Ja-Parole beschlossen haben.

JAHRESZIELE DER EVP

Jahresziele der Geschäftsleitung

Die Geschäftsleitung der EVP Schweiz hat die folgenden Jahresziele beschlossen: **1.** Volksinitiative «Millionen-Erbschaften besteuern für unsere AHV» einreichen. **2.** Schwerpunktprogramm überarbeiten. **3.** Wahlen 2015 vorbereiten. **4.** EVP-Profil klären. **5.** Externe Wahrnehmung steigern. **6.** Finanzielle Ressourcen erhöhen. **7.** Mitgliederbasis verstärken. **8.** Sektionen gründen und schwache Kantonalparteien revitalisieren. **9.** Kaderentwicklung fördern. **10.** Parteimitglieder stärker aktivieren. Die Jahresziele können auf www.evppev.ch > Personen > Geschäftsleitung eingesehen werden.

Wirksame Raumplanung

Die EVP unterstützt das neue Raumplanungsgesetz. Es hält fest, dass die Bauzonen höchstens den Bedarf der nächsten 15 Jahre decken dürfen. Überdimensionierte Bauzonen müssen rückgezont werden. Mit der Einführung einer Mehrwertabgabe steht dazu erstmals das nötige Geld zur Verfügung.

MAJA INGOLD, NATIONALRÄTIN

Die Ausgangslage ist klar. Jede Sekunde wird ein Quadratmeter Land überbaut. Pro Jahr ergibt das die Fläche des Thunersees. Landschaft, die unwiederbringlich verloren geht. Angesichts der wachsenden Wohnfläche, der Bevölkerungsentwicklung und der Mobilitätsansprüche ist die Angst berechtigt, dass die Schweiz zugepflastert wird. Die Landschaftsinitiative wollte deshalb die Gesamtfläche der Bauzonen für die nächsten 20 Jahre auf dem heutigen Stand begrenzen. Die EVP hat die Initiative in der Sammelphase unterstützt und ist mit Ruedi Aeschbacher in ihrem Komitee vertreten.

Doch mit der Plafonierung der Gesamtfläche, wie es die Initiative vorsah, ist keine sinnvolle Siedlungsentwicklung möglich. Kantone, die ihre Hausaufgaben gemacht haben, würden bestraft; Kantone, die in der Vergangenheit zu grosszügig eingezont haben, belohnt. Das ist nicht im Sinne der Initianten. Sie haben ihre Initiative deshalb zugunsten des revidierten Raumplanungsgesetzes zurückgezogen, welches die Probleme besser löst. Weil gegen diesen indirekten Gegenvorschlag das Referendum ergriffen worden ist, kommt es zu einer Abstimmung.

Historische Mehrwertabgabe

Schon heute dürfen die Baulandreserven nur so gross sein, dass sie den Bedarf für die nächsten 15 Jahre decken. Trotz Aufsicht durch die Kantone und das Bundesamt für Raumentwicklung muss in vielen Gemeinden aber von einer Vollzugsverweigerung gesprochen werden. Zum einen drängen Grundeigentümer und Baugewerbe auf Einzonen: Wessen Land eingezont wird, wird über Nacht zum Millionär. Das Gewerbe verspricht sich

Arbeit. Zum ändern möchten viele Gemeinden wachsen: Nur so können Schulhäuser und Mehrzweckhallen finanziert werden. Deshalb übersteigen die Baulandreserven den Bedarf vielerorts bei weitem. Die überdimensionierten Bauzonen sind das Hauptproblem der Schweizer Raumplanung.

Das neue Raumplanungsgesetz hält fest, dass die Bauzonen zu verkleinern sind, sofern sie den Bedarf der nächsten 15 Jahre übersteigen. Schon das ist eine kleine Sensation. Und dass das Parlament der Einführung einer Mehrwertabschöpfung zugestimmt hat, beinahe historisch. Diese sieht vor, dass 20% des planungsbedingten Mehrwerts eingezogen wird, sobald das Land überbaut oder verkauft wird. Die Mehrwertabgabe mindert den Anreiz für unnötige, überdimensionierte Einzonen und hilft mit, Rückzonen zu finanzieren. Denn die Grundstückbesitzer, deren Land durch Auszoning an Wert verliert, müssen dafür entschädigt werden.

Deutliches Ja der Delegierten

Künftig sollen Bauzonen dort entstehen, wo der Bedarf nachge-

wiesen und die notwendige Erschliessung, z.B. durch den öffentlichen Verkehr vorhanden ist. In Stadtnähe wird neues Bauland bestimmt werden müssen, weil die Wohnungsnot und der Siedlungsdruck gross sind. Wo hingegen die Baulandreserven zu gross sind, müssen sie verkleinert, d.h. rückgezont werden.

Fazit: Mit dem neuen Raumplanungsgesetz wird die Zersiedelung zumindest gebremst. Erholungsräume und Kulturlandschaften bleiben erhalten. Die kantonalen Richtpläne werden gestärkt und die Gemeinden in die Pflicht genommen, haushälterisch mit dem Boden umzugehen. Das Gesetz schützt die Landschaft und damit auch das touristische Potential. Es leistet einen wichtigen Beitrag zur Standortqualität unseres Landes, indem es die Lebensqualität in unseren Siedlungen fördert und Räume für eine wirtschaftliche Weiterentwicklung und für die landwirtschaftliche Produktion sichert. Aus diesen Gründen haben die EVP-Delegierten am 1. Dezember in Solothurn mit 95 zu 3 Stimmen dem revidierten Raumplanungsgesetz sehr deutlich zugestimmt.



Nationalrätin Maja Ingold vor den Delegierten: «Die überdimensionierten Bauzonen sind das Hauptproblem der Raumplanung.»

Ehepaarbesteuerung

Der Bund nimmt einen neuen Anlauf zur Beseitigung der Ehestrafe. Für die EVP ist zentral, dass alle Benachteiligungen von Ehepaaren abgeschafft werden. Sie hat bislang das Splitting gefordert, kann aber mit dem Vorschlag leben, weil er die Ungerechtigkeiten gezielt dort beseitigt, wo sie bestehen. Zur Finanzierung schlägt die EVP anstelle der Erhöhung der Mehrwertsteuer oder des Aufschiebs der kalten Progression eine Erhöhung der direkten Bundessteuer vor. Schliesslich macht die EVP darauf aufmerksam, dass die grösste Heiratsstrafe unverändert in der AHV besteht, wo Ehepaare maximal 1,5 volle Altersrenten erhalten, Konkubinatspaare dagegen deren 2.

EVP will Eigenmietwert abschaffen

Unmittelbar nach Ablehnung der ungerechten Initiative «Sicheres Wohnen im Alter» hat Nationalrätin Marianne Streiff (EVP, BE) einen Vorstoss zur Abschaffung des Eigenmietwerts eingereicht. Ihre Motion orientiert sich am Gegenvorschlag des Bundesrates zur Initiative und will Hauseigentümer und Mieter fair und gleich behandeln. Nun liegt die Antwort der Regierung vor – der Bundesrat beantragt Annahme!

Faire Wahlsysteme

Nach Rechtsprechung des Bundesgerichts widerspricht das Schwyzer Wahlrecht in 27 von 30 Wahlkreisen der Bundesverfassung. Entsprechend geistert die EVP den Entscheid des Ständerates, die Schwyzer Verfassung dennoch zu gewährleisten. In einer Demokratie darf es nur ein Prinzip geben: One man, one vote – Eine Person, eine Stimme. Alles andere ist unfair. Die EVP kämpft schweizweit für demokratische und gerechte Wahlsysteme.

Bund soll Verbot der Prostitution prüfen

Nationalrätin Marianne Streiff (EVP, BE) verlangt vom Bundesrat einen Bericht zur Bekämpfung des Menschenhandels. Damit soll geprüft werden, inwiefern ein Verbot der Prostitution und des Kaufs von sexuellen Dienstleistungen in der Schweiz machbar wäre und was die Folgen für die betroffenen Frauen wären. Schweden macht gute Erfahrungen mit dem 1999 eingeführten Verbot.

Schädliche Leerverkäufe verhindern

Ungedeckte Leerverkäufe sind in der Schweiz verboten. Das Beispiel des Thuner Solarzulieferers Meyer-Burger zeigt, dass der Markt offenbar auch mit gedeckten Leerverkäufen genügend gelutet werden kann, sodass das spekulative Instrument seine selbstbestätigende Wirkung entfaltet. Marianne Streiff will mit einer Interpellation in Erfahrung bringen, ob der Bundesrat die Leerverkäufe mit dem Charakter einer selbsterfüllenden Prophezeiung einschränken will.

Stopp Landgrabbing

Mit einer Interpellation und einem Postulat will Nationalrätin Maja Ingold (EVP, ZH) verhindern, dass die Schweiz agroindustrielle Grossprojekte mitfinanziert, welche mit Landkäufen die Lebensgrundlagen der einheimischen Landbevölkerung gefährden. Maja Ingold will «Landgrabbing» mit öffentlichem Geld ausschliessen – auch via die Schweizer Beiträge an die internationalen Entwicklungsbanken.

Turkmenistan

In der Fragestunde kritisiert Maja Ingold die Geschäfte von Schweizer Firmen mit dem wegen massiver Menschenrechtsverletzungen in der Kritik stehenden Turkmenistan.

IV-Kompromiss dank Maja Ingold

Nationalrätin Maja Ingold findet in der Wintersession den mehrheitsfähigen Kompromiss bei der IV-Revision.

(nh). Nationalrätin Maja Ingold (EVP, ZH) vermittelt erfolgreich bei der **6. IV-Revision**. Auf ihren Antrag werden die umstrittensten Kürzungen aus der Vorlage ausgeklammert, bis klar ist, ob es diese überhaupt braucht. Hingegen werden die heutigen Viertel-, halbe, Dreiviertel- und volle Renten durch ein stufenloses System abgelöst: Arbeit soll sich in jedem Fall lohnen.

Sozialhilfe für Asylsuchende, Nothilfe für Personen mit Wegweisungsentscheid. Die EVP trägt den Kompromiss im **Asylgesetz** mit, will aber nicht noch weiter gehen: «Wir wollen die Verfahren straffen und die Fallzahlen senken, aber jene Menschen, die in der Schweiz ein Asylgesuch stellen, korrekt behandeln», betont Nationalrätin Marianne Streiff (EVP, BE).

Keine «**Verfassungsgerichtsbarkeit light**» in der Schweiz. Das Parlament will sich auch künftig über die Verfassung hinwegsetzen können. Mit dem Nein des Nationalrates ist der Vorstoss von EVP-Präsident Heiner Studer vom Tisch.

Tankstellenshops sollen künftig rund um die Uhr öffnen dürfen. Die EVP lehnt die Ausweitung von **Nacht- und Sonntagsarbeit** ab und

unterstützt das Referendum als Mitglied der Sonntagsallianz.



Die EVP-Nationalrätinnen Maja Ingold und Marianne Streiff.

Teenie-Prostitution wird verboten: Wer bezahlte Liebesdienste von 16- bis 17-jährigen in Anspruch nimmt, macht sich künftig strafbar. Die minderjährigen Prostituierten bleiben straffrei. Die EVP hat dies wiederholt gefordert.

Der Kanton Schwyz muss sein **Wahlverfahren** nicht ändern, ob-

wohl es in 27 von 30 Wahlkreisen nicht bundesrechtskonform ist (wie es Bundesrat und Bundesgericht übereinstimmend festgestellt haben). Die EVP spricht in einer Reaktion auf den Entscheid des Ständerates von einem schwarzen Tag für die Schweizer Demokratie.

EVP und Parlament lehnen die **Initiative für eine Volkswahl des Bundesrates** ab. Einen nationalen Wahlkampf könnten nur Millionäre führen – oder die Kandidaten mächtiger, finanzstarker Verbände. Die amtierenden Bundesräte/-innen wären im Wahljahr total absorbiert und die Politik noch stärker gelähmt.

Ebenfalls chancenlos bleibt die **GSoA-Initiative für die Abschaffung der Wehrpflicht** samt Gegenvorschlägen. «Wir helfen nicht mit, die Armee personell auszubluten», betont Marianne Streiff.

Vorerst kein zeitgemässes **Versicherungsvertragsgesetz**. Der Nationalrat weist den Entwurf an den Bundesrat zurück. Die Vorschläge für mehr Konsumentenschutz gehen der bürgerlichen Mehrheit zu weit.

Das **Budget** wird erst im letzten Anlauf beschlossen. Man einigt sich bei einem Defizit von 450 Millionen Franken (gegenüber den vom Bundesrat beantragten 364 Millionen). Bereits im Herbst haben die Räte das Defizit mit Krediten für Hochschulen, ETH und Berufsbildung markant erhöht. Nach langem Feilschen heisst das Parlament zusätzliche 25 Millionen für die Land- und Weinwirtschaft gut.

TERMINE

- 15. Februar 2013** EVP Schweiz, Bern (Bundesterrasse) Einreichung der Initiative «Millionen-Erbschaften besteuern für unsere AHV»
- 3. März 2013** Eidgenössische Volksabstimmung
- 22. März 2013** EVP Schweiz, Lausanne: Zentralvorstand und
23. März 2013 94. ordentliche Delegiertenversammlung
- 3. Mai 2013** EVP Schweiz, Ibach SZ
5. KMU-Forum (bei der Victorinox AG)
- 15. Mai 2013** EVP Schweiz, Olten
Kantonalparteienkonferenz KPK
- 1. Juni 2013** EVP Schweiz, Olten: Kadertag und Fokustag
«Revision Schwerpunktprogramm»

IMPRESSUM

akzente: Publikationsorgan der Evangelischen Volkspartei der Schweiz (EVP)
20. Jahrgang, Nummer 1, Januar 2013
Erscheint vierteljährlich und wird allen Mitgliedern der EVP zugestellt. Das Abonnement läuft ein Jahr und wird automatisch erneuert, wenn es nicht zwei Monate vor Ablauf gekündigt wird. CHF 15.– / Jahr.

Herausgeber:
EVP Schweiz, Postfach 294, 3000 Bern 7
031 351 71 71, info@evppev.ch, www.evppev.ch
Adressen und Aboverwaltung: Werner Rieder
Redaktion: Niklaus Hari (nh)

An dieser Ausgabe haben mitgearbeitet:
Joel Blunier, Walter Dürr, Maja Ingold, Marianne Streiff, Heiner Studer.

Druck und Vertrieb:
Jordi AG, Belp, www.jordibelp.ch

Copyright:
Wiedergabe mit Genehmigung der EVP gestattet.

SAMMELCLUB

EVP Bezirk Arbon mit 1278 Unterschriften

Die EVP Bezirk Arbon hat den Sektionswettbewerb mit 1278 Unterschriften für sich entschieden, dicht gefolgt von der *jevp (1115), der EVP Stadt Bern (880), der EVP Zürich Kreise 6/10 (623) und der EVP Stadt St.Gallen (600). Zu den emsigsten individuellen Sammler/-innen gehören Gerhard Kaufmann (822), Regula Streckeisen (498), Sara Fritz (278), Markus Romann (263), Werner Ninck (262) und Reto Gubelmann (213). Doch am Schluss zählt jede Unterschrift: Herzlichen Dank allen, die mitgesammelt haben! Zur Einreichung am 15. Februar in Bern sind alle herzlich eingeladen.

KANTONALE WAHLEN

6 Sitze im Aargau, unfaire Hürden in Basel

Im Kanton Aargau ist die EVP weiterhin mit 6 Sitzen vertreten. Die EVP Basel-Stadt erleidet eine bittere Niederlage.

(nh). Die EVP Kanton Aargau ist auch künftig mit 6 Parlamentarierinnen und Parlamentariern im Grossen Rat vertreten. Alle Bisherigen (Roland Aeschmann, Roland Bialek, Esther Gebhard-Schöni, Sämi Richner und Lilian Studer) werden wieder gewählt. Neu im Rat ist Einwohnerrat Urs Plüss aus Zofingen. Damit ist die EVP wieder in allen ihren traditionellen Bezirken vertreten. (Der Zofinger Sitz ging mit dem Übertritt von Martin Bhend zur FDP vorübergehend verloren.)

Bei den Basler Grossratswahlen wird der EVP vom neuen Wahlsystem übel mitgespielt. Trotz 4.2% der Stimmen erhält die EVP nur 1 Sitz. Das neue Wahlsystem lässt nur jene Listen zur Mandatsverteilung zu, die im jeweiligen Wahlkreis mindestens 4% der Stimmen erzielt haben. Diese Hürde kann die EVP nur in Riehen knacken und verliert deshalb 3 Sitze. Dieses Ergebnis ist äusserst ungerecht und widerspiegelt den Wählerwillen überhaupt nicht. Als Riehener Grossrätin wird Annemarie Pfeifer wiedergewählt.

KOMMUNALE WAHLEN

EVP feiert in Worb

In den Kantonen Bern und Schaffhausen wurden die Gemeindebehörden vielerorts neu bestellt.

(nh). In **Worb** wird Niklaus Gfeller in einer Kampfwahl als Gemeindepräsident bestätigt, in der Exekutive legt die EVP mit Thomas Leiser zu. Im Parlament kommt die EVP auf sieben Sitze (+2). Gewählt sind Mirja und Lukas Zimmermann-Oswald, Harry Suter, Mayk Cetin (alle bisher), Heinz Utiger, Andreas Bergmann und Beatrix Zwahlen (alle neu). Happig hingegen der Zählfehler in **Ostermundigen**. Zunächst darf sich Gerhard Baumgartner über seine Wiederwahl in den verkleinerten Gemeinderat freuen, um am nächsten Tag zu erfahren, dass es doch nicht gereicht hat. Auch im Parlament geht ein Sitz verloren. Gewählt sind Renate Bolliger, Rahel Wagner, Silvia Fels (alle bisher) und Bruno Schröter (neu).

In **Belp** wird Fritz Tschirren als Gemeinderat bestätigt. Er hat neu für die EVP kandidiert. In der **Stadt Bern** werden Matthias Stürmer und Martin Trachsel wieder ins Parlament gewählt. In **Biel** geht leider ein Sitz in der Legislative verloren. Be-

stätigt werden Christian Löffel und Franziska Molina. Ein lachendes und ein weinendes Auge resultiert in **Burgdorf**: Martin Aeschlimann wird neu in den Gemeinderat gewählt, dafür geht im Parlament ein Sitz verloren. Wiedergewählt sind Beatrice Kuster Müller und Tabea Bosshard-Jenni. Im Nachbardorf **Hasle** wird Ruedi Ritter in stiller Wahl bestätigt. Bitter ist der knappe Sitzverlust in **Heimberg**: Patricia von Känel wird trotz guter Arbeit als Gemeinderätin nicht bestätigt. In **Heimenhausen** wird Gemeindevizepräsident Werner Liechti wiedergewählt. Jean-Daniel Pirolet wird ebenfalls als Exekutivmitglied bestätigt (**Ittigen**). In **Langenthal** verteidigt die EVP den Sitz in der Exekutive mit Daniel Rüeegg (neu) und stellt weiterhin 4 Sitze im Stadtparlament. Gewählt sind Daniel Steiner-Brüttsch, Anita Steiner-Thaler, Ruth Trachsel (alle bisher) und die 21-jährige Rahel Lanz (neu). In **Meikirch** wird Anna Benker als Gemeinderätin bestätigt.

In **Münchenbuchsee** wird Pascal Lerch wieder in die Exekutive gewählt. Im Parlament politisieren weiterhin Gabi Schranz, Ulrich Zinder sowie Renate und Ruedi Löffel. In **Muri-Gümligen** muss sich die EVP leider mit einem Sitz weniger begnügen. Gewählt ist Martin Humm. In **Reichenbach** bleibt Urs Grossen Gemeinderat. Neu in der Exekutive ist die EVP in **Rubigen** (mit Beat Sannwald). Kleiner Wermutstropfen in **Spiez**: Ursula Erni wird glanzvoll bestätigt als Gemeinderätin, doch im Parlament geht ein Sitz verloren. Weiter dabei sind Anna Fink, Andreas Bürki, Markus Wenger und Markus Kiener (alle bisher). In **Vechigen** geht der Gemeinderatssitz leider ganz knapp verloren. Gleich zwei Sitze verliert die EVP in **Zollikofen**. Wiedergewählt werden Roland Stucki und Annemarie Zingg.

Status quo in Schaffhausen

In der **Stadt Schaffhausen** wird Rainer Schmidig nach der Wahl in den Kantonsrat auch als Grossstadtrat bestätigt. In **Beringen** wird Hugo Bosshart, Co-Präsident der Kantonalpartei, wieder in den Einwohnerrat gewählt.

PERSONEN



Neu im Grossrat

Der Berner EVP-Grossrat Markus Grossen tritt nach knapp 13 Jahren aus dem Grossen Rat zurück. Er übergibt sein Mandat an Fensterbauer und ZV-Mitglied Markus Wenger aus Spiez.

Neu in der Exekutive

Fritz Rupp, alt Kantonsrat, ist neu Gemeinderat in Tobeltägerschen (TG) und zuständig für Landwirtschaft, Abfallentsorgung, Strassen, Unterhalt, Umweltschutz und Kultur.

Karin Hügli Schweizer ist in den Gemeinderat von Pfäffikon ZH gewählt worden. Damit hat die 49-jährige den 2. Exekutiv-Sitz für die EVP errungen.

Neue Präsidien

EVP Kreis St.Gallen: Der bisherige Vizepräsident Markus Knaus löst Kantonsrat Jascha Müller im Präsidium ab.

EVP Kanton Bern: Der gebürtige Bernjurassier Silas Liechti ist neu Vizepräsident der Partei.

Nachrufe

Am 17. Oktober starb **Gretel Hofmann** im Alter von 100 Jahren. Sie war von 1978 bis 1990 Aargauer Grossrätin.

Am 6. November ist **Paul Oertli** im 93. Altersjahr verstorben. Er war Geschäftsleiter der Oertli Werkzeuge AG und lange Jahre Präsident der EVP Bülach wie auch der Bezirkspartei.

Am 18. November ist **Peter Kläsi** mit 92 verstorben. Er war Präsident der EVP Kanton Zürich und Kantonsrat.

Ebenfalls nehmen wir Abschied von **Margrit Schellenberg** (95). Sie war die erste Frau im Stadtparlament von Zürich und als Oberschwester des Unispitals Zürich stadtbekannt.



Nein zu Nacht- und Sonntagsarbeit

(nh). Das Parlament hat im Dezember beschlossen, bei Tankstellen-shops den 24-Stunden-Betrieb einzuführen. Gegen diese schleichende Ausdehnung der Sonntagsarbeit hat die EVP als Mitglied der Sonntagsallianz das Referendum ergriffen. Die EVP will nicht hinnehmen, dass Tankstellenshops neu die ganze Nacht (unter der Woche und am Sonntag) ohne Bewilligung offen haben dürfen. Nacht- und Sonntagsarbeit muss die Ausnahme blei-

ben. Das geltende Verbot darf nicht weiter ausgehöhlt werden. Der Schutz der Arbeitnehmenden und des Sonntags als Ruhe- und Feiertag haben Vorrang.

Unser Bild zeigt die Vorderseite der Unterschriftenkarte. Ein kleines Mädchen vereinsamt vor dem Fernseher, bis Vater oder Mutter endlich nach Hause kommen. Tatsache ist: die Arbeitsbedingungen in den Niedriglohnjobs sind oft prekär genug. Nur der arbeitsfreie Sonntag

ermöglicht gemeinsame Aktivitäten in der Familie, im Freundeskreis, in Vereinen oder in der Kirche. Sie haben die Unterschriftenkarte zusammen mit dem Zentralbeitragsbrief erhalten oder können sie auf www.evppev.ch > Politik > Initiativen herunterladen.

Vielen Dank für Ihre rasche Unterschrift und Ihre Unterstützung der EVP in ihrem jahrzehntelangen Kampf für einen arbeitsfreien Sonntag!

EINLADUNG ZUR DELEGIERTENVERSAMMLUNG

94. ordentliche Delegiertenversammlung der EVP Schweiz am Samstag, 23. März 2013, 10.15 bis 15.30 Uhr im Salle du Grand Conseil in Lausanne.

1. Eröffnung der Tagung durch den Parteipräsidenten
2. Besinnliche Einleitung
3. Grussworte
4. Wahl der Stimmzähler (Protokollprüfer)
5. Abstimmungsvorlagen
Mittagessen
6. Bericht über die politische Lage (Parteipräsident Heiner Studer)
7. Bericht über das Parteileben (Generalsekretär Joel Blunier)
8. Zentralkasse: Jahresrechnung 2012
9. Schlusswort des Präsidenten

Ich melde mich für die DV vom 23. März an.
(Webanmeldung möglich unter www.evppev.ch > Termine)
Mittagessen: mit ohne vergünstigt (für *jev-Mitglieder)

Name, Vorname: _____

Strasse, Nummer: _____

PLZ und Ort: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Einsenden bis am 18. März 2013 an: EVP Schweiz, Postfach, 3000 Bern 7



Machen Sie sich und der EVP eine Freude!

Hans Müller-Gutscher ist Liedermacher und Kunstmaler. Seine neue Mundart-CD «Geborge» (CHF 19.80 plus 2.- Versandkosten) beinhaltet zehn Mut machende Lieder und Bibeltexte, begleitet auf dem Flügel. Der Aargauer will der EVP die gesamten Einnahmen aus diesen CD-Verkäufen spenden! Machen Sie sich und damit auch der EVP eine Freude. Hörproben auf www.stilleben.ch, Bestellungen auf dieser Webseite oder unter Telefon 062 827 13 12 direkt beim Sänger.